

Titel: Stellungnahme zur Situation im südlichen Afrika 1977

Quelle: „40 Jahre – Deutscher Bundesjugendring“, 1977, DBJR, Seite 196

Stellungnahme des DBJR zur Situation im südlichen Afrika

Der Hauptausschuss des Deutschen Bundesjugendrings hat nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

"Die Situation im südlichen Afrika spitzt sich immer dramatischer zu:

- In Zimbabwe (Rhodesien) und in Namibia werden mit Gewalt Regime aufrechterhalten, die der farbigen Bevölkerungsmehrheit elementarste Menschenrechte verweigern und die Rassendiskriminierung zum Gesetz gemacht haben;
- besonders in der Republik Südafrika werden die Unterdrückungsmaßnahmen der Machthaber gegen die farbige Bevölkerungsmehrheit und gegen oppositionelle Kritiker aus den Reihen der weißen Bevölkerung immer brutaler. Dies zeigen z.B. auch die letzten Maßnahmen gegen verschiedene kirchliche Einrichtungen und die Festnahmen mehrerer Mitarbeiter.

Die Anwesenheit der Republik Südafrika in Namibia ist eine flagrante Verletzung aller Beschlüsse der Vereinten Nationen und des Urteils des Internationalen Gerichtshofes. Die weiße Minderheitsregierung der Republik Südafrika verweigert der Mehrheit der Bevölkerung aus rassistischer Ideologie und wirtschaftlichem Eigeninteresse alle politischen Rechte. Die Illegalität des weißen Regimes in Zimbabwe (Rhodesien), das durch eine einseitige Lösung von Großbritannien an die Macht kam, ist noch offenkundiger.

Wenn diese Politik fortgesetzt wird, scheint ein blutiger Bürgerkrieg unausweichlich.

Der Deutsche Bundesjugendring fordert deswegen alle politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland auf:

- sich auf allen Ebenen für das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung in diesen Ländern einzusetzen; das gilt insbesondere für die Anerkennung der Befreiungsbewegungen als legitime Vertreter der schwarzen Bevölkerungsmehrheit und für das Verhalten der Bundesrepublik Deutschland im Sicherheitsrat der UN;
- insbesondere gegenüber Vertretern der Republik Südafrika immer wieder deutlich zu machen, dass die Bundesrepublik Deutschland die rassistische Politik schärfstens ablehnt;
- die Ablehnung der Anerkennung der Transkei und damit der "Homeland"-Politik zu bekräftigen;
- sich dafür einzusetzen, dass der Republik Südafrika weder direkte militärische Unterstützung ("hartes Material") noch indirekt solche Hilfen gegeben werden, die militärisch verwendet werden können ("weiches Material"); das gilt insbesondere für alle Lieferungen im nukleartechnischen Bereich;
- sich für eine Beendigung der Ausbeutung im südlichen Afrika (z.B. Rohstoffe, Arbeitskräfte) durch die Industrieländer einzusetzen;
- sich für Freiheit und Unabhängigkeit und für eine eigenständige Entwicklung in diesen Ländern einzusetzen.

Der Deutsche Bundesjugendring fordert die Bundesregierung auf:

- das Namibia mit einschließende Kulturabkommen mit der Republik Südafrika aufzukündigen und bei einem neuen Abkommen die schwarze Bevölkerungsmehrheit einzubeziehen;
- das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Republik Südafrika aufzukündigen;
- gemäß den Entschlüssen der UN die SWAPO als die legitime Vertreterin des namibischen Volkes anzuerkennen;
- das Generalkonsulat in Windhuk zu schließen.

Der Deutsche Bundesjugendring respektiert die Entscheidung von Befreiungsbewegungen, nach langen Jahren gewaltlosen Widerstandes in einer Situation äußerster Unterdrückung auf Gewalt auch mit Gewalt zu antworten, um noch größeren Schaden abzuwehren. Der Deutsche Bundesjugendring fordert seine Mitgliedsverbände auf, verstärkt in ihrer Arbeit die Situation im südlichen Afrika durch geeignete Informationen, Aktionen, Seminare etc. zu behandeln."